

## **Beschluss zur Regionalpolitik**

<b>Braunschweig 2010: Eine gemeinsame und starke Region.</b>	<b>Nr.: R 1</b>
<b>Antragsteller: Bezirksvorstand</b>	
<b>Block: Regionalpolitik</b>	

### **Braunschweig 2010: Eine gemeinsame und starke Region.**

#### **I. Ein Erfolg der SPD: Zusammenarbeit in der Region Braunschweig.**

Mit der Gründung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB) durch die sozialdemokratische Landesregierung im Jahr 1992 wurde eine gemeinsame Regionalentwicklung für die drei kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg sowie die Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel eingeleitet. Mit der Übernahme des öffentlichen Personennachverkehrs und der Regionalplanung besitzt der ZGB heute zwei wichtige und ursprünglich kommunale Kernaufgaben.

Die Gründung dieses Kooperationsverbundes in Form des ZGB war bereits mit Blick auf die stärkere Bedeutung der Regionen und der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen der wirtschaftlichen und der europäischen Entwicklung erfolgt. Der Wettbewerb um Arbeitsplätze, Einwohner, staatliche und private Institutionen und nicht zuletzt auch um Fördermittel wird immer mehr zwischen den Wirtschaftsregionen geführt und nicht mehr zwischen einzelnen kommunalen Gebietskörperschaften.

In dieser Entwicklung standen auch die Gründung weiterer regionaler Verbände wie die Braunschweigische Landschaft, die Entwicklungsagentur Reson und die Bildung einer Marketing GmbH in der Folge der EXPO 2000.

Kern einer gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung ist die noch von der SPD geführten Landesregierung im Jahr 2002 initiierte Gründung der Region Braunschweig GmbH, in der zwischenzeitlich sowohl Reson als auch die Marketing GmbH aufgegangen ist und in der der ZGB Sitz und Stimme hat.

#### **II. Regionalpolitik von CDU und FDP ist konzeptionslos.**

Parallel zu diesen regionalen Kooperationsvorhaben führen CDU und FDP auf Landesebene Entwicklungen herbei, die für die Region Braunschweig einerseits weitreichende Konsequenzen haben können, andererseits ohne eine wirkliche Beteiligung und Einflussnahme der regionalen Verantwortungsträger vorangetrieben werden. Vor allem aber, erfolgen diese Entwicklungen unkoordiniert und in einem völlig ungeklärten Verhältnis zu den Zielen der regionalen Zusammenarbeit im Großraum Braunschweig:

- Die Abschaffung der Bezirksregierungen und damit der bislang ersatzlose Verlust einer regionalen Bündelungsbehörde u.a. für wichtige Infrastrukturprojekte und Planvorhaben.
- Die Gründung einer Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz ohne klare regionale Legitimation der meisten darin berufenen Mitglieder.

Die Veränderungsabsichten bei der Nord/LB und den öffentlichen Versicherungen, bei denen nach Abschaffung der Bezirksregierungen keinerlei Interessenvertretung der Region Braunschweig mehr existiert.

- Die Gründungsabsicht einer Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen, ohne erkennbare reale Kooperationsprojekte und ohne eine Klärung des Verhältnisses der Region Hannover zum ZBG oder seinen Mitgliedern.
- Der faktische Zwang zu Einzelentscheidungen für Gebietsreformen (derzeit Landkreis Lüchow-Dannenberg), weil ein gemeinsames Konzept für das Land Niedersachsen verweigert wird.

### **III. Die Region Braunschweig muss Akteur werden.**

Nicht zuletzt die Abschaffung der Bezirksregierung wirft die Frage auf, wer in Zukunft die Aufgaben einer gemeinsamen Regionalentwicklung übernehmen soll, die einerseits von ZGB bislang nicht abgedeckt werden, andererseits aber vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und europäischen Entwicklung immer stärker notwendig sind.

Während die Region Hannover mit rund 1 Million Einwohnerinnen und Einwohnern ihre eigenen Kompetenzen nutzt und ihre Entwicklung maßgeblich selbst beeinflussen kann, droht den Gemeinden, Städte und Landkreise der Region Braunschweig die Gefahr, in den kommenden Monaten und Jahren immer wieder zum „Zuschauer“ und Objekt bei staatlichen oder wirtschaftlichen Entscheidungen zu sein. Die Region Braunschweig muss deshalb wieder stärker zum Akteur und zum eigenverantwortlich handelnden Subjekt ihrer Entwicklung werden.

Für eine gemeinsame und abgestimmte Regionalentwicklung existieren zwei wichtige Voraussetzungen:

- 1) Ausreichender rechtlicher und finanzieller Spielraum für die Entscheidungen „vor Ort“ in den Gemeinden und Städten.
- 2) Ein klarer Rahmen für die Aufgaben der regionalen Zusammenarbeit und die dazu gehörende gemeinsame und übergreifende Verwaltungs- und Finanzstruktur auf der Ebene der Landkreise bzw. darüber hinaus.

Beides ist in der Region Braunschweig bis heute nur unzureichend vorhanden:

- Die kommunalen Gebietskörperschaften geraten durch die ihnen auferlegte Vielzahl der Aufgaben und eine dauerhaft unzureichende Finanzausstattung des Landes immer stärker in die Zahlungsunfähigkeit.
- Gleichzeitig steht der Entwicklung der regionalen Kooperation – z.B. in der Region Braunschweig GmbH oder der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz – keine umfassende und demokratisch legitimierte politische und administrative Struktur gegenüber.

Die Folgen sind vorhersehbar: Zu lange Entscheidungswege, gegenseitige Blockade, mangelnde Effizienz, Doppelarbeit und unnötige Verwaltungsausgaben.

### **IV. Die Region Braunschweig braucht eine gemeinsame Interessenvertretung.**

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Kommunal- und Regionalpolitik kann nicht der Erhalt bestehender Strukturen um ihrer selbst Willen stehen. Unser Mittelpunkt sind die Interessen der Menschen in unserer Region an Arbeitsplätzen, Bildungsangeboten, Kinder- und

Jugendförderung, einem reichhaltigen Kultur-, Freizeit und Sportangebot und an einer effizienten, leistungsfähigen und bürgernahen Verwaltung.

Wir Sozialdemokraten sind deshalb bereit, immer wieder die bestehenden politischen und administrativen Strukturen darauf zu untersuchen, ob durch ihre Veränderung mehr Effizienz, Leistungsfähigkeit und größere finanzielle Spielräume erreicht werden können, um diesen Interessen der Menschen möglichst umfassend nach zu kommen.

Der SPD-Bezirksparteitag spricht sich deshalb nachdrücklich dafür aus den Zweckverband Großraum Braunschweig auszubauen für:

- a) die wirksame politische Vertretung gemeinsamer regionaler Interessen insbesondere gegenüber den staatlichen Ebenen Land, Bund und Europäische Union;
- b) eine weitergehende Koordinierung regionaler Aufgaben. (Dazu können z.B. gehören: regionale Wirtschaftsentwicklung und regionales Marketing, regionales Schul-, Bildungs- und Qualifizierungsangebot, Naherholung, Straßenunterhaltung, Räumdienste, Hochwasserschutz und Gewässerschutz, Abfallbeseitigung, Bevorratung von Grundstücken für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen u.a.m.)

Der SPD-Bezirksparteitag ist sich darüber im klaren, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn

- dem Prozess eine eingehende Analyse der bestehenden Aufgaben und aller Kosten vorangeht,
- alternative Vorschläge für Aufgabenbündelung, Zuständigkeiten und Struktur eines zukünftigen „Kommunalverbandes Region Braunschweig“ ausreichend beraten und gegeneinander abgewogen wurden,
- und keine Tabus für denkbare Eingriffe in bestehende Zuständigkeiten, Strukturen und Verwaltungs- und Gebietskörperschaften errichtet werden.

#### **V. Unser Ziel: Entwicklung eines echten Kommunalverbandes.**

Der SPD-Bezirksvorstand wird deshalb beauftragt, eine entsprechende Projektgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden sowie des Zweckverbandes Großraum Braunschweig mit der Erarbeitung von Vorschlägen und Entscheidungsalternativen für die Zukunft der Zusammenarbeit in der Region Braunschweig zu beauftragen.

Dabei sind insbesondere folgende Fragestellungen zu beantworten:

- Welche Aufgaben in der Region Braunschweig erfordern eine gemeinsame politische und administrative Interessenvertretung?
- Welche kommunalen Aufgaben können sinnvoll auf der Ebene eines Kommunalverbandes koordiniert und/oder gemeinsam wahrgenommen werden?
- Welche politische und administrative Struktur soll ein künftiger Kommunalverband Region Braunschweig erhalten?
- Welche politische und administrative Struktur soll unterhalb des Kommunalverbandes existieren? (Aufgaben, Größe und Finanzausstattung der Verwaltungseinheiten usw.)

Im Frühjahr 2006 veranstaltet der SPD-Bezirk Braunschweig dazu eine kommunalpolitische Konferenz auf der diese Vorschläge und Entscheidungsalternativen vorgestellt und beraten werden.